

27.06.2024

Kleine Anfrage 4030

der Abgeordneten Nadja Lüders SPD

Verstärkung von ADIRA in Dortmund: Bricht die Landesregierung ihr Versprechen?

In Nordrhein-Westfalen gibt es zwei durch das Land geförderte Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit in Trägerschaft von Jüdischen Gemeinden, die explizit in Fällen von antisemitischer Diskriminierung beraten. Für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster hat die Jüdische Gemeinde Dortmund die Trägerschaft einer Servicestelle übernommen. Die mit ADIRA abgekürzte Einrichtung erfüllt seit knapp vier Jahren nicht nur einen enorm wichtigen gesellschaftlichen Auftrag, sondern leistet auch umfangreiche Bildungs- und Präventionsarbeit, und bringt sich in Dortmund auch regelmäßig aktiv in die Stadt- und Presseöffentlichkeit ein, um aufzuklären und zu sensibilisieren.

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, und der darauffolgenden israelischen Gegenaktion zur Zerstörung der Hamas und zur Befreiung der gekidnappten Geiseln, fanden bundesweit Aufzüge statt, auf denen z.B. antisemitische Plakate zu sehen waren, und wo Slogans skandiert wurden, in denen Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen konnte eine solche antisemitische Niedertracht leider mehrfach beobachtet werden¹. Die Folge: ADIRA verzeichnete einen enormen Anstieg von Beratungsanfragen aus der gesamten Region Westfalen, die Mitarbeitenden haben zeitweise über ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten müssen. Dies verdeutlicht, dass die bestehende Struktur nicht mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet ist.

Die schwarz-grüne Landesregierung hat, vor dem Hintergrund des offen zur Schau getragenen Israel- und Judenhasses, im November 2023 einen 10-Punkte-Plan gegen Antisemitismus² vorgestellt, parallel die Kampagne „#Niewiederistjetzt“ gestartet. In dem begrüßenswerten Vorstoß wurde u.a. angekündigt, „die Beratungsangebote der Servicestellen SABRA der jüdischen Trägerschaft in Düsseldorf, ADIRA in Dortmund und RIAS NRW“ zu stärken.³ Nach Auskünften der Jüdischen Gemeinde Dortmund ist diese Stärkung bisher nicht nur ausgeblieben, vielmehr soll aus dem Ministerium von Josefine Paul sogar kommuniziert worden sein, man könne zusätzliche Finanzmittel dem Etat der ebenfalls bei der Gemeinde angesiedelten – und preisgekrönt⁴ – Integrationsagentur⁵ entnehmen.

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/angriff-israel-pro-palaestina-demo-in-duisburg-100.html>

² <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-stellt-10-punkte-plan-gegen-antisemitismus-vor-und-startet>

³ <https://www.land.nrw/niewiederistjetzt>

⁴ <https://www.dortmund.de/newsroom/presse-mitteilungen/juedische-kultusgemeinde-dortmund-e.v.-erhaelt-integrationspreis-der-stadt-dortmund.html>

⁵ <https://jg-dortmund.de/de/integrationsagentur>

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum kündigt die Landesregierung eine Stärkung von ADIRA an, ohne finanzielle Mittel bereit zu stellen?
2. Sind die Berichte zutreffend, dass das MKJFGFI der Jüdischen Gemeinde eine Mittelumschichtung zuungunsten der Integrationsagentur nahegelegt hat?
3. Steht das Ausbleiben der angekündigten Verstärkung der Servicestellen im Zusammenhang mit den Haushaltsproblemen der Landesregierung?
4. Welche Entwicklungen haben bisher hinsichtlich des 10-Punkte-Plans stattgefunden? (Bitte aufschlüsseln nach angekündigten Maßnahmen)
5. Welche Zeitpläne bestehen hinsichtlich der Umsetzung des 10-Punkte-Plans? (Bitte aufschlüsseln nach angekündigten Maßnahmen)

Nadja Lüders